

## 2 Öffentlichkeit im Demokratisierungsprozess der EU

Es stellt sich zunächst einmal die Frage, warum die EU überhaupt demokratisch legitimiert sein sollte. Schließlich kann hierbei das Argument herangezogen werden, dass supranationale Politik auch im Kontext der nationalstaatlichen Legitimationsmechanismen verarbeitet werden könne (siehe zu dieser Frage Scharpf 2004). Claus Mueller vertritt die Auffassung, dass *„Effizienz eine wichtige, wenn nicht gar die wichtigste Quelle von Legitimität in modernen Gesellschaften (ist)“* (Mueller 1975: 174f). Dies gilt wohl erst recht für transnationale Institutionenbildung, die sich schließlich lange (mehr oder weniger erfolgreich) durch Effizienz und Sachzwang legitimiert hat, und weniger durch traditionelle demokratietheoretische Ansätze (Eder/Hellmann/Trenz 1998: 323, Lepsius 1999: 202). Auch heute noch gibt es Vertreter, die meinen, dass als Legitimationsgrundlage der EU technische Effizienz immer noch ausreiche, da die regulative Politikgestaltung der EU vergleichbar sei mit unabhängigen regulativen Institutionen wie z.B. in den USA mit den sogenannten Independent Regulatory Agencies (Majone 1996: 34ff). Hier kann man allerdings einwenden, dass die EU sich weit von der bloßen Wahrnehmung rein regulativer Politik entfernt hat. Im heutigen Jahrzehnt, wo Europa sich eine eigene Verfassung geben möchte, lassen sich traditionelle Legitimationsfragen längst nicht mehr ignorieren. Dies wurde bereits Anfang der 1990er deutlich, als der bis dahin vorherrschende ‚permissive consensus‘<sup>2</sup> durch die dänische und französische Volksabstimmung zum Maastricht-Vertrag ins Wanken geriet. Die Ablehnung des Verfassungsvorschlages durch die Bürger Frankreichs und der Niederlande im Mai/Juni 2005 ist nur ein neuer Höhepunkt lautstarken Protests gegenüber der EU. *„Mit der zunehmenden politischen Gestaltung Europas entsteht auch eine europäische Gesellschaft, die politische Institutionenbildung wieder an die Tradition moderner Herrschaftsformen ankoppelt“* (Eder/Trenz 1998: 323). Hinzukommend ist der Einwirkungsgrad der EU mittlerweile so stark ausgeprägt, dass in einigen Politikfeldern mehr als 80% aller nationalen Politikprogramme ihren Ursprung auf europäischer Ebene haben (Börzel 2003: 184). Die EU hat somit im Verlauf des Integrationsprozesses bedeutend an Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten gewonnen und die Frage nach einer politischen Legitimation dadurch noch dringender aufgeworfen. *„The importance of the decision-making on the European level and the loss of hitherto familiar mechanisms of legitimation in the national context require explanation and*

---

<sup>2</sup> Dabei war auch zuvor der sogenannte ‚permissive consensus‘ vielmehr ein Euphemismus: *„Tatsächlich handelt es sich dabei nicht um einen wirklichen Konsens auf Seiten der Bürger, sondern eher um die geringe Auffälligkeit von und Resonanz auf Europapolitik in den nationalen Öffentlichkeiten.“* (Meyer 2002: 44)

*justification*“ (Wessels 1997: 2). Voranschreitende Integration gepaart mit bürgerlichem (verlautbartem) Unwille, haben die Frage nach der Demokratiefähigkeit der EU daher in das Zentrum europäischer Politikforschung gerückt.<sup>3</sup> Denn mit einer „*politisch-moralischen Dignität*“ (Kielmansegg 1996: 47) allein ist das Integrationsprojekt nicht mehr zu legitimieren.

Die weitverbreitete Kritik gilt vor allem dem mangelnden Mitspracherecht des europäischen Parlaments, das als einziges Organ direkt durch Wahlen vom Volk bestimmt wird. Die sinkende Wahlbeteiligung und der mangelnde Einfluss des Parlaments sind die zwei häufigst genannten Problempunkte in diesem Zusammenhang. So hat seit der ersten EU-Wahl die Anzahl der Urnengänger stetig abgenommen und ist heute in manchen Ländern auf solch einem alarmierend niedrigen Niveau, dass in der Tat Zweifel an der demokratischen Legitimation des Europa-Parlaments (EP) aufkommen. In Deutschland ist die Wahlbeteiligung seit 1979 von 65,7% auf 43% im Jahre 2004 gefallen. In den neuen Mitgliedsländern, die zum ersten Mal 2004 an der EP-Wahl teilgenommen haben, zeigen Werte wie in Polen mit einer landesweiten Wahlbeteiligung von 20,87% das geringe Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Parlaments.<sup>4</sup> Das EP hat zwar mit und seit dem Maastrichter Vertrag deutlich an Befugnissen hinzugewonnen, die Kernkritik der geringen Kompetenzausstattung ist jedoch bis heute nicht abgeklungen (z.B. Benz 2003, Lodge 1994 und 1996). „*The mere fact of it having been directly elected was not and is not enough to generate the democratic consent needed to give EC authority structures legitimacy yet*“ (Lodge 1996: 189f). Dazu zählt u.a., dass das Parlament über keine Legislativmacht verfügt und keine Kontrollrechte gegenüber dem maßgeblichen Beschlussorgan, dem Rat, besitzt (Kantner 2005: 71).

Auch die Kommission, die als Exekutive fungiert, jedoch von keiner Legislative gewählt wurde, zieht kritische Aufmerksamkeit auf sich (Muntean 2000). Neueste Debatten wie z.B. in Deutschland, wo sich nun das Bundesverfassungsgericht mit der Tatsache beschäftigt, ob Beschlüsse, die vom EU Ministerrat getroffen wurden, gegen das Prinzip der Gewaltenteilung verstoßen<sup>5</sup>, zeigen ausserdem, dass auch weitere Institutionen der EU sich dem Vorwurf des Demokratiedefizits nicht entziehen können.

Die Komplexität des EU-Systems und die ‚Politik der verschlossenen Türen‘ stellen daher demokratische Probleme dar, indem es dem Bürger erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird, seine demokratischen Rechte auszuüben. Diese Punkte werden in der Literatur als

---

<sup>3</sup> Die Literatur hierzu ist zahlreich, siehe für die deutschsprachige Debatte exemplarisch Jachtenfuchs 1997, 1999, Kohler-Koch 1999, Scharpf 1999, Wessels 1997.

<sup>4</sup> Die Daten sind der Homepage des Europaparlaments entnommen (<http://www.europarl.de/parlament/europawahl2004/>, Stand 01.02.2006)

<sup>5</sup> Siehe hierzu z.B. einen Artikel aus *Die Zeit* vom 6.4.2005 mit dem Titel ‚Gleiches Unrecht für alle. Höhlen EU-Gesetze den deutschen Rechtsstaat aus?‘

Transparenzproblem (z.B. Lodge 1994, Héritier 1999) oder auch als Gestaltungs- und Kontrolldefizit (z.B. Meyer 1997, Eder et al 1998) bezeichnet.<sup>6</sup> Habermas fasst diese Art des Demokratiedefizits folgendermaßen zusammen:

*„Für die Bürger öffnet sich damit die Schere zwischen Betroffensein und Teilnahme immer weiter. Eine zunehmende Zahl von supranational beschlossenen Maßnahmen betrifft immer mehr Bürger in immer weiteren Lebensbereichen. Da die Staatsbürgerrolle bisher nur nationalstaatlich institutionalisiert ist, haben aber die Bürger keine effektiven Möglichkeiten, europäische Entscheidungen zu thematisieren und zu beeinflussen.“* (Habermas 1994: 19)

*Last but not least*, kann man Europa noch ein Identifikationsdefizit (die Frage nach dem Demos) unterstellen, das ein weiteres Problem im Demokratisierungsprozess der EU darstellt (z.B. Lepsius 1999, Habermas 2001, Delanty 1999, Eriksen/Fossum 2000, Lenoble 1994). Der fehlende Demos lässt Balibar sogar von einem „*Verschwinden des Volkes als politischer Legitimationsinstanz*“ (Balibar 2003: 259 zitiert in Mokre/Puntscher-Riekmann 2004) sprechen. Da politische Identität nunmal weitgehend im Schmelztiegel der nationalen Kulturen angesiedelt sei, zieht Thibaud daraus sogar als Konsequenz, dass auf die ehrgeizige Variante der europäischen Einigung verzichtet werden solle.

*„Mit der Trennung von kultureller Nation und politischer Nation geht man ein großes Risiko ein. (...) Und zwar in bezug auf die Kultur, dass diese im Markt ertrinkt oder dass sie sich an einer Identität festklammert, die nicht länger durch das Politische bearbeitet und ausgeformt wird.“* (Thibaud 1991 zitiert in Lenoble 1994: 186)

Das Demokratiedefizit der Europäischen Union äussert sich, wie oben angerissen, in verschiedenen Bereichen, die sowohl institutionell als auch im Sozialen (z.B. der Identitätsebene) angesiedelt sind. In der vorliegenden Arbeit kann nur ein kleiner Ausschnitt dieses Demokratieproblems angesprochen werden, indem der Frage nachgegangen wird, welche Rolle einer europäischen Öffentlichkeit in der Diskussion zur Demokratiefähigkeit der EU beikommt.

## **2.1 Öffentlichkeit in modernen Demokratien**

Dass Öffentlichkeit und Demokratie unweigerlich miteinander verknüpft sind, ist unbestritten. Welche Funktionen und Aufgaben hat Öffentlichkeit jedoch in modernen Demokratien zu

---

<sup>6</sup> Es sollte nicht verschwiegen werden, dass es Wissenschaftler gibt, die der EU in Sachen Demokratie ein gutes Zeugnis ausstellen. Moravcsik 2003 behauptet z.B., dass das Demokratiedefizit der EU ein Mythos sei.

erfüllen – und welche Rückschlüsse kann man darüber für die Überwindung eines europäischen Demokratiedefizits ziehen?

Zunächst einmal hat Öffentlichkeit die Funktion, allen Bürgern die Chance zur Teilnahme am politischen Diskurs zu geben. *„Öffentlichkeit erscheint als ein offenes Kommunikationsforum für alle, die etwas sagen oder das, was andere sagen, hören wollen“* (Neidhardt 1994: 7). Damit haben prinzipiell alle Themen und sämtliche bürgerlichen Interessen die Möglichkeit, sich auf dem öffentlichen ‚Marktplatz‘ zu präsentieren. Und zwar unter Einbeziehung *aller* Bürger. Denn *„eine Öffentlichkeit, von der angebbare Gruppen eo ipso ausgeschlossen wären, ist nicht etwa nur unvollständig, sie ist vielmehr keine Öffentlichkeit“* (Habermas 1990: 156). Öffentlichkeit ist somit zunächst banal ausgedrückt ein Forum, in dem Informationen zusammengetragen werden, um sie anschließend weiterzuverarbeiten. Dieser Bearbeitungsprozess besteht in der Selektion von Themen, durch die eine politische Agenda bestimmt wird und den Herrschern eine ‚öffentliche Meinung‘ übermittelt wird. Diese Vorstellung ist der Mindestanspruch, der in der Literatur an Öffentlichkeit gestellt wird – und auch der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich unterschiedliche theoretische Öffentlichkeitsmodelle verständigen können. In funktionalen bzw. liberalen Modellen (vgl. hierfür z.B. Neidhardt 1994, Gerhards/Neidhardt 1993, Luhmann 1994, Marcinkowski 1993) endet der Aufgabenbereich von Öffentlichkeit zumeist an diesem Punkt. Öffentlichkeit hat damit vorrangig eine Transparenzfunktion, die die Interessen und Meinungen der Gesellschaft widerspiegelt und so letztlich politische Entscheidungsfindung ermöglicht. Ein wie in der vorliegenden Arbeit vertretenes diskursives bzw. normatives Öffentlichkeitsmodell geht jedoch über diesen Mindestanspruch hinaus und spricht Öffentlichkeit noch weitere Funktionen im demokratischen System zu. Schließlich wurde *„das Konzept der Öffentlichkeit nicht entwickelt, um lediglich empirische Kommunikationsflüsse zu verstehen, sondern um zu einer normativen, politischen Demokratietheorie beizutragen“* (Fraser 2005: 1).

Im Folgenden sollen daher die Grundannahmen des hier vertretenen diskursiven Öffentlichkeitsmodells erörtert werden. Diese Annahmen sollen dann als Basis dienen, um zu diskutieren, inwieweit die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit helfen kann, die oben genannten Demokratiedefizite zu überwinden.

Das diskursive Öffentlichkeitsmodell ist vor allem von der Lehre Habermas geprägt, der in verschiedenen Schriften ein Konzept entwarf, das im Mittelpunkt den Prozess der Deliberation stellt. ‚Deliberation‘ wird von Peters folgendermaßen definiert:

*„Öffentliche Deliberation bedeutet das argumentative Bemühen um kollektiv akzeptierbare Problem- oder Konfliktlösungen. Auch wo Konsens nicht erreicht oder erwartet wird, soll öffentliche Deliberation zu Lerneffekten, zu einer Bereicherung des Argumentationshaushaltes, zu einer reflexiven Überprüfung und möglicherweise Transformation eigener Überzeugungen und Präferenzen, zu einem gewissen Maß an Verständnis und Respekt für kontroverse Positionen, damit zu einer höheren Rationalität und Legitimität politischer Entscheidungen führen.“ (Peters 2003: 444)*

Im diskursiven Öffentlichkeitsmodell geht es also nicht um bloße Selektionsprozesse, sondern um einen rationalen Argumentationsaustausch, der politische Legitimität erzeugt. Die Diskurstheorie stellt somit die *„rechtlichen Prozeduren, welche den öffentlichen Raum erst aufspannen“* (Kantner 2005: 44) in den Vordergrund. In dem diskursiven Verfahren werden *„einerseits in politischen Entscheidungsprozessen Begründungspflichten institutionalisiert und andererseits den Bürgern rechtlich einklagbare Partizipationschancen garantiert“* (ebd.: 45). Die Vorbedingung, die in der Idee von Deliberation steckt, ist die Akzeptanz der Gleichheit der diskutierenden Akteure, denn es kann nur in einen Diskurs eintreten, wer die Geltungsansprüche seines Gegners zunächst einmal anerkennt (Habermas 1988:48, auch Beierwaltes 1999:172, Eder/Hellmann/Trenz 1998: 322). Das Ergebnis des vollzogenen Diskurses ist eine *„höherstufige Intersubjektivität von Verständigungsprozessen“* (Habermas 1992: 362, Betonung im Original).

*„Dieses demokratische Verfahren stellt einen internen Zusammenhang zwischen pragmatischen Überlegungen, Kompromissen, Selbstverständigungs- und Gerechtigkeitsdiskursen her und begründet die Vermutung, dass unter Bedingungen eines problembezogenen Informationszuflusses und sachgerechter Informationsverarbeitung vernünftige bzw. faire Ergebnisse erzielt werden.“* (ebd.: 359f)

Die Rückkoppelung dieser deliberativ ausgehandelten öffentlichen Meinung an die Exekutive geschieht laut Habermas in einer Art ‚Machtransformation‘.

*„Der Kommunikationsfluß zwischen öffentlicher Meinungsbildung, institutionalisierten Wahlentscheidungen und legislativen Beschlüssen soll gewährleisten, dass der publizistisch erzeugte Einfluss und die kommunikativ erzeugte Macht über die Gesetzgebung in administrativ verwendbare Macht umgeformt werden.“* (ebd.: 363)

Dieses deliberative Verfahren der demokratischen Meinungs- und Willensbildung funktioniert sozusagen als Schleuse für die Entscheidungsfindung der Regierung und Verwaltung. Durch ihre Rationalisierung von politischen Themen und Geltungsansprüchen erzeugt sie politische Legitimation, so dass die *„Ausübung politischer Macht nicht nur nachträglich kontrolliert, sondern mehr*

oder weniger auch programmiert (wird)“ (ebd.: 364). Die Idee der Politik-Legitimierung ist einer der zentralsten Punkte im deliberativen Öffentlichkeitsmodell.

*„La légitimité peut être comprise comme l'acceptation et le respect par le peuple des décisions d'un ordre politique au-delà de toute coercition ou de toute représentation contingente d'intérêts. D'un point de vue normatif, la légitimité démocratique résulte d'un accord rationnel entre individus libres et égaux“* (Nanz 2003: 69)

Erst durch die Annahme des deliberativen Verfahrens zwischen Gleichen und Freien erhält Öffentlichkeit ihren normativen Sinn und wird so zu einem unabkömmlichen Teil von Demokratie. Sie ist daher mehr als bloßes „Medium“ oder „Resonanzboden“ (Häberle 2000: 12). Stattdessen bekommt die dezentrierte Gesellschaft mit der politischen Öffentlichkeit nach diskursiver Idee eine Arena für die Wahrnehmung, Identifizierung und Behandlung gesamtgesellschaftlicher Probleme (Habermas 1992: 365).

Das diskursive Öffentlichkeitsmodell beinhaltet insbesondere drei für diese Arbeit wichtige Grundannahmen, die im Weiteren diskutiert werden sollen. Dazu soll als erstes darauf eingegangen werden, welcher Anspruch an das Ergebnis von Deliberation in dem hier verwendeten Modell gestellt wird, denn die einzelnen diskursiven Modelle äußern durchaus unterschiedliche Erwartungen. Habermas legt in seinem Modell die Betonung auf ein Konsensergebnis, das aus dem deliberativen Kommunikationsaustausch entspringt.

*„Zustimmung zu Themen und Beiträgen bildet sich erst als Resultat einer mehr oder weniger erschöpfenden Kontroverse, in der Vorschläge, Informationen und Gründe mehr oder weniger rational verarbeitet werden können.“* (Habermas 1992: 438)

*„Der in einer Assoziation von Freien und Gleichen jeweils erzielte Konsens beruht letztlich nur auf der Einheit eines konsentierten Verfahrens.“* (ebd. 1994: 14)

Die Konsens-Idee im klassischen Öffentlichkeitsmodell ist eines der am stärksten kritisierten Elemente, was zu vielfachen Relativierungs-Versuchen unter Vertretern des diskursiven Modells geführt hat (Peters 2001, Kantner 2002, Nanz 2003). Das auf S. 16 erwähnte Zitat von Peters deutet bereits darauf hin, dass Deliberation nicht zwangsläufig zu Konsens führen muss. Etwas weniger ‚anspruchsvolle‘ diskursive Modelle distanzieren sich daher von der Konsens-Erwartung und weisen stattdessen auf ‚collective learning‘ als zentralen Aspekt diskursiver Kommunikation hin.

*„The more collective actors are contingent on the public, the more we will have processes of collective learning that are the benchmark of democracy.“ (Eder/Trenz 2004: 13)*

Kantner geht sogar noch einen Schritt weiter und konstatiert: *„Dissens ist das Lebenselixier öffentlicher politischer Kommunikation“ (Kantner 2003: 61)*. Sie weist m.E. zu Recht darauf hin, dass die Betonung auf ‚Konsens‘ für eine pragmatische Betrachtung von Öffentlichkeit etwas zurückgenommen werden sollte.

*„Niemand kann und muss seine vorgängigen Überzeugungen suspendieren, um eine andere Meinung zu verstehen. Im Gegenteil, nur anhand ihrer vorgängigen Überzeugungen können Kommunikationsteilnehmer in den hermeneutischen Zirkel eintreten. Die Sichtweisen auf gemeinsame Gegenstände in der sozialen Welt sind perspektivenabhängig. Und da Kommunikation beide Möglichkeiten offen lässt, die einer Ja- und die einer Nein-Stellungnahme, sollte Verständigung nicht am Modell des Konsenses modelliert werden, wenn unter ‚Konsens‘ die Einigung auf eine einzige Deutung verstanden wird.“ (Kantner 2002: 56)*

Nanz argumentiert in ihrer Weiterentwicklung des Habermas-Modells, dass das Konsens-Modell nicht in der Lage sei, die Art von Konfliktlösung, wie sie heute in heterogenen oder multikulturellen Gesellschaften vorliege, zu erfassen (Nanz 2003: 77). Deliberative Kommunikation äußere sich nicht dadurch, dass ein Konsens zwischen den heterogenen Perspektiven hergestellt werde, sondern manifestiere sich bereits in dem Vorgang *„de coopération, et surtout la capacité (donc, la volonté) d’explorer et de négocier les différences sur un mode dialogique“ (Nanz ebd.: 78)*. D.h. in dieser Konzeption von diskursiver Öffentlichkeit liegt die Leistung schon in der Tatsache, dass die Gesprächspartner sich diskursiv austauschen, bereit sind, ihre Meinung dem Anderen darzulegen und diejenige des Gegenübers nachzuvollziehen. Der Wille und die Fähigkeit, mit dem Anderen in einen Dialog einzutreten, führen bereits zu Konfliktvermeidung. Denn man muss nicht die Meinung des Anderen teilen, um diese tolerieren zu können. Wichtiger ist zunächst, dass man die Perspektive seines Gegenübers begreifen kann (*processus d’apprentissage*), und eben dies geschieht durch Diskurs. Weiterentwickelte diskursive Öffentlichkeitsmodelle verschieben so die Gewichtung des diskursiven Charakters insgesamt stärker auf den kommunikativen Prozess des Meinungsaustausches, des ‚arguing‘, und verzichten auf weitergehende Konsensvorstellungen. Denn nur weil unterschiedliche Akteure unterschiedliche Meinungen und Einstellungen äußern, heißt das noch nicht, dass sie *nicht* Kommunikationsteilnehmer eines gemeinsam geteilten öffentlichen Raum sind.

*„Verschiedene Meinungen können bestehen bleiben, obwohl oder gerade weil Kommunikation stattfindet. Es ist immerhin denkbar, dass die Akteure ihre divergierenden Positionen in der Auseinandersetzung geschärft haben.“* (Eder/Kantner 2000: 308, Betonung im Original)

Das in dieser Dissertation vertretene Modell basiert auf ebenjener Auffassung, dass Bedeutungsstrukturen und Interpretationsrahmen geteilt werden können, ohne dass notwendigermaßen die eigene Meinung revidiert werden muss. Ob das Teilen gemeinsamer Bedeutungsschemata zu Konsens oder Dissens führt, sollte kein Urteilskriterium sein. Habermas selbst scheint ebenso den Konsens-Gedanken in neueren Schriften etwas zurückgenommen zu haben, indem er in Bezug auf die Funktion von Öffentlichkeit nunmehr von der Herstellung *„paralleler Meinungen und Gegenmeinungen“* spricht (Habermas 2001). Die Grundidee des Modells, dass die Gesprächsteilnehmer als Gleiche in einen diskursiven Prozess eintreten und eine so hergestellte öffentliche Kommunikation politische Legitimation erzeugt, bleibt auch so der Grundstein dieses Ansatzes. Dennoch ist es wichtig, festzuhalten, dass das hier verwendete Öffentlichkeitsmodell auf den oben vorgetragenen weniger konsensorientierten Annahmen basiert.

Ebenso wie von der Heterogenität der Perspektiven innerhalb der politischen Öffentlichkeit ausgegangen wird, basiert das hier vorliegende Öffentlichkeitsmodell auch auf der Idee der Differenzierung unterschiedlicher Öffentlichkeiten. Exemplarisch hierfür steht das Modell von Nanz, die behauptet:

*„Comme le montre l'analyse historique de la sphère publique, il n'a jamais existé – même au sein de l'Etat-nation – une seule sphère publique faisant autorité où les citoyens auraient formé une opinion publique (...). C'est encore plus vrai de nos sociétés contemporaines où la complexité politique, les inégalités socioéconomiques et le pluralisme culturel font de la sphère publique, au mieux, un domaine des discours fragmentés et faiblement connectés entre eux, par lesquels de nombreux groupes mettent en acte leur identité collective et négocient une volonté politique.“* (Nanz 2003: 79)

Trenz und Eder et al. sprechen in diesem Zusammenhang von *„Teilöffentlichkeiten“* (Trenz 2002: 33, Eder et al. 1998: 325) und drücken damit ebenfalls explizit die Idee multipler Öffentlichkeiten aus. Diese Idee gilt im übrigen nicht nur für transnationale, sondern ebenso auch für nationale Öffentlichkeiten. Beim näheren Hinsehen *„zerfällt ‚die‘ Öffentlichkeit bei der empirischen Untersuchung ihrer konkreten Strukturen in eine Vielzahl von Ebenen und Teilöffentlichkeiten“* (Requate/Schulze-Wessel 2002: 12). Gerade im heutigen Medienzeitalter, wo das Angebot an unterschiedlichen TV-Kanälen, Zeitschriften, Zeitungen, Radiosendern und nicht zuletzt

Internetplattformen den integrierenden Charakter von Medien generell in Zweifel kommen lässt, scheint die Idee einer einheitlichen Öffentlichkeit unangemessen.

*„Die Chance, am Arbeitsplatz die ersten 20 Minuten des Arbeitstages über gemeinsame Fernseherlebnisse zu sprechen, nimmt ab; zu oft haben Kollegen von heute den Vorabend mit unterschiedlicher Software verbracht.“ (Glutz 1996: 47)*

Die Idee von vielzähligen Öffentlichkeiten hat bei Calhoun zu dem Begriffsvorschlag „*multiple publics*“ (Calhoun 2005: 4) geführt. Auch Fraser geht in ihrer Kritik des Habermas'schen Modells darauf ein, dass der Hinweis auf eine „*multiplicity of publics*“ (Fraser 1992: 122) der Realität näher kommt als die Vorstellung einer einheitlichen (nationalen) Öffentlichkeit. Sie geht sogar noch einen Schritt weiter, indem sie behauptet, dass eine einzige, umfassende Öffentlichkeit nicht immer einem Nexus multipler Öffentlichkeiten vorzuziehen sei, weil die Zunahme von subalternen Gegenöffentlichkeiten in stratifizierten Gesellschaften einen Schritt hin zu mehr Demokratie darstellen könnte (Fraser 2005: 4). Wie und warum sich diese Teilöffentlichkeiten zusammensetzen, ist eine Frage, die nicht im Zentrum dieser Arbeit steht. In der Literatur werden u.a. Faktoren wie ‚Betroffenheit‘ und ‚Issue-Orientierung‘ genannt (vgl. Trenz 2002, Eder et al. 1998). Hier soll jedoch nur festgehalten werden, dass das vorliegende Konzept von Öffentlichkeit keineswegs die Assoziation von ‚Einheit‘ implizieren möchte, auch wenn dies durch den deutschen Gebrauch des Wortes im Singular fälschlicherweise mitschwingt. „*Public sphere is in fact plural*“ (Van de Steeg 2005: 11).

Das diskursive Verfahren führt nicht nur zur Teilung gemeinsamer Bedeutungsstrukturen und eventueller Lernprozesse, sondern hat noch einen weiteren Effekt, der als Gemeinschaftsbildung oder soziale Integration bezeichnet werden kann:

*„...social integration within a community of citizens, because individuals perceive a political community and participate in it, which makes them aware that they form part of it. This effect can be defined as the formation of the self-understanding or identity of the political community.“ (Van de Steeg 2000: 61)*

Anders ausgedrückt: In öffentlichen Diskursen geht es immer auch um eine Selbstverständigung der Akteure, über die Identität ihres ‚Gemeinwesens‘, also um die Frage, wie sie als ‚citoyen‘ die Bedeutung ihrer politischen Institutionen und ihre eigene Rolle in diesem System im Verhältnis zur eigenen Geschichte und Zukunft, zu anderen Staaten und deren Bürgern sowie zur natürlichen Mitwelt bestimmen wollen (Saretzki 1995: 278). Öffentlichkeit trägt somit zur Bildung einer Identität der Gesellschaft bei, indem Bürger über Öffentlichkeit

vermittelt dauerhaft die Gesellschaft beobachten, an ihr teilhaben und sie als die ihre begreifen (Habermas 1992). Nanz behauptet in ihrem normativen Konzept von Öffentlichkeit sogar, dass Öffentlichkeiten die wichtigsten, und häufig stark unterschätzten, Räume sind, wo sich kulturelle und soziale Identitäten konstruieren, dekonstruieren und rekonstruieren (Nanz 2003: 75). Im Gegensatz zu anderen Öffentlichkeitsmodellen setzt das diskursive Modell also keine gemeinsam geteilte kollektive Identität in einem vorpolitischen Sinne voraus (Kantner 2005: 48), sondern entwickelt sozusagen eine „*social form of solidarity*“ (Calhoun 2005: 4) zwischen den Kommunikationsbeteiligten.

Betrachtet man die bereits angerissene Diskussion des Demokratiedefizits der Europäischen Union, so kann man feststellen, dass einige der angesprochenen Mängel durchaus in einem Zusammenhang stehen mit den Funktionen von Öffentlichkeit. Dabei kann m.E. ein diskursives Öffentlichkeitsverständnis dazu beitragen, Probleme des europäischen Demokratiedefizites neu zu überdenken.

Eine diskursive Öffentlichkeit erzeugt, wie oben dargestellt, politische Legitimität. Dies tut sie, indem durch sie ein deliberativer Prozess der politischen Meinungsbildung stattfindet. Durch den offenen und diskursiven Charakter dieses Öffentlichkeitsmodells ist es prinzipiell allen Bürgern möglich, an diesem Prozess der Entscheidungsfindung teilzunehmen. Gerade der prozedurale Charakter des diskursiven Öffentlichkeitsmodells kann dazu beitragen, das ‚Gestaltungsdefizit‘ der EU zu verringern und gegen das Problem der Bürger *„mit ihren Präferenzen und Interessen im Politikprozess angemessene Berücksichtigung zu finden“* (Grande 1997 zitiert in Eder et al. 1998: 321) vorzugehen. Desweiteren findet sich in der Idee der Machttransformation eine Möglichkeit, dem ‚Kontrolldefizit‘ der Union beizukommen, das Grande als *„die Schwierigkeit der Bürger, die Ausübung der Macht wirkungsvoll zu kontrollieren“* (ebd.) definiert hat. Durch die Möglichkeit der Teilnahme, Mitgestaltung und Kontrolle politischer Entscheidungsfindung könnte eine europäische Öffentlichkeit zur demokratischen Legitimation europäischer Politikprozesse beitragen.

Ein weiterer zentraler Aspekt des diskursiven Modells besteht in seiner Betonung der identifikationsstiftenden Rolle von Öffentlichkeit. Hier sei auf einen ‚Meinungsunterschied‘ zwischen den beiden (von Habermas inspirierten) Öffentlichkeitsmodellen Eder/Kantner und Risse hingewiesen. Risse argumentiert in Hinsicht auf das Eder/Kantner Modell, dass Identitätsvorstellungen nicht vom normativen Modell abgekoppelt werden sollten.

*„Insbesondere sehe ich nicht, was wir theoretisch (und übrigens auch politisch) gewinnen, wenn wir den Begriff europäischer Öffentlichkeit vollständig von Identitätsvorstellungen abkoppeln und gleichzeitig Öffentlichkeit im normativen Sinne als konstitutiven Bestandteil von Demokratie (auch jenseits des Nationalstaates) ansehen. (...) Ohne ein Mindestmaß an (transnationalen) politischer Gemeinschaft keine (europäische) Demokratie und auch keine demokratische Öffentlichkeit!“ (Risse 2002b: 22)*

Diese Kritik scheint allerdings nur für die Auswahl empirisch überprüfbarer Indikatoren im Eder/Kantner Modell anwendbar, denn in ihren theoretischen Überlegungen klammern sie das identitätsstiftende Momentum europäischer Öffentlichkeit nicht aus. Im Gegenteil bezeichnen sie kollektive Identität explizit als *„das Produkt öffentlicher Debatten“* (Eder/Kantner 2002: 85), denn gerade durch Diskurs, durch die *„kollektive Aushandlung eines ‚Gemeinsamen‘“* (ebd.) kann Identität entstehen. Auf europäischer Ebene kann eine europäische Öffentlichkeit somit zu der Herausbildung einer europäischen Identität, bzw. *„staatsbürgerschaftlichen Solidarität“* (Habermas 2001) beitragen. Thomas Meyer geht sogar noch einen Schritt weiter, wenn er behauptet, dass eine europäische Öffentlichkeit die *„entscheidende Struktur“* für die Ausbildung einer gemeinsamen Bürgeridentität in Europa sei. *„Nur, wenn im öffentlichen Gespräch sichtbar ist, wer dazugehört, was die gemeinsamen verbindenden Projekte und was die eigenen Einflussmöglichkeiten sind, kann sich überhaupt politische Identität herausbilden“* (Meyer, T. 2004). Europäische Öffentlichkeit ist demnach nicht nur für klassische Gestaltungs- und Kontrolldefizite die *„praktische Auflösung des Rätsels“* (Peters 1994: 48), sondern berührt auch den Kern einer jeden Demokratie, den Demos. Ironischerweise ist es bei Skeptikern einer europäischen Öffentlichkeit gerade das Argument eines fehlenden europäischen Demos, das herangezogen wird, um ihren Standpunkt zu verfechten. Ich werde zu einem späteren Zeitpunkt auf dieses Argument zurückkommen.

Ein Öffentlichkeitsmodell, wie es hier vorgestellt wurde, kann somit helfen, Fragen zur europäischen Demokratiefähigkeit neu zu überdenken. Die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit ist nach diesem Modell dem Demokratisierungsprozess der EU unausweichlich gleich - wenn nicht sogar vorgeschaltet.<sup>7</sup> Bei der politischen Öffentlichkeit handelt es sich daher keineswegs nur um eine *„optionale Beigabe“* im Rezept für demokratische Legitimität, sondern um *„eine unabdingbare Voraussetzung für die Integrations –und Funktionsfähigkeit“* (Trenz 2002: 28) der EU. D.h. mit der Vertiefung der europäischen Einigung und des fortschreitenden Kompetenzzentransfers von nationaler auf europäische Ebene ist die Frage nach einer

---

<sup>7</sup> Gerhards 2001 und Wessler 2004 nehmen an, dass die Ursache-Wirkungsfrage eher in die andere Richtung verläuft, d.h. dass erst eine demokratische EU zu einer europäischen Öffentlichkeit führen könne. Aus Sicht eines normativen Modells ist jedoch vielmehr das Öffentlichkeitsdefizit dem Demokratiedefizit vorgelagert (siehe Kantner 2002:91, Eder et al 1998:321). Ich werde auf diese Frage im weiteren Verlauf dieses Kapitels nochmals eingehen.

demokratischen europäischen Öffentlichkeit unausweichlich geworden. Doch „die politische Öffentlichkeit kann ihre Funktion (...) freilich nur in dem Maße erfüllen, wie sich sich aus den Kommunikationszusammenhängen der potentiell Betroffenen bildet“ (Habermas 1992: 441, Betonung im Original). Diese potentiell Betroffenen sind in unserem Fall die Bürger der EU. Es stellt sich daher nun auf (1) theoretischer Ebene die Frage danach, wie eine solche europäische Öffentlichkeit aussehen kann oder sollte und (2) auf empirischer Ebene, wie eine solche Öffentlichkeit auf EU-Basis untersucht werden kann und ob sie bereits existiert. Diesen Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.

## 2.2 Theoretische Konzeptionen einer europäischen Öffentlichkeit

Der Frage nach einer europäischen Öffentlichkeit wird in den Sozialwissenschaften erst seit Anfang der 1990er Jahre nachgegangen. Gerhards hatte damals eine Zweiteilung vorgenommen in a) eine die nationalstaatlichen Öffentlichkeiten überlagernden eigenständigen Öffentlichkeit und b) einer Europäisierung der jeweiligen nationalen Öffentlichkeiten (Gerhards 1993).<sup>8</sup>

Ersteres geht auf den Vergleich mit einem nationalstaatlichen Öffentlichkeitsmodells zurück und findet sich in der Literatur als Sichtweise der *Partikularisten* (Kantner 2002) oder *Essenzialisten* (Van de Steeg 2005) wieder. Genauso wie es nationale Medien gibt, wird in dieser Konzeption von europäischer Öffentlichkeit davon ausgegangen, dass sich äquivalent dazu pan-europäische Medien entwickeln müssten, sozusagen ein „ARD für Westeuropa“ (Gerhards 1993: 100). Dies hieße, dass es Zeitungen und Zeitschriften, Hörfunk- und Fernsehprogramme gäbe, die auf einem europäischen Markt angeboten und nachgefragt würden und so einen nationenübergreifenden Kommunikationszusammenhang herstellten (Grimm 1995: 41). Auch bei Kleinstüber klingt diese Idee eines europaweiten Mediensektors mit, wenn er fordert:

*„Public broadcasters should establish an alliance (perhaps on the basis of the European Broadcasting Union, EBU) to provide a framework that communicates European consensus in a non-national mode inside as well as outside the Union, thereby creating a common image of the EU.“* (Kleinstüber 2001: 107)

---

<sup>8</sup> Wie bereits schon vorher erwähnt, beziehen sich die Fragen nach europäischer Öffentlichkeit zumeist auf Medien-Öffentlichkeit, so dass die hier vorgestellten Modelle sich auf massenmedial hergestellte Öffentlichkeit fokussieren. Zur Frage weiterer empirischer Öffentlichkeitsformen siehe z.B. Rucht 2000, der eine Analyse zur Europäisierung politischer Mobilisierung vorgenommen hat und Wilke/Tangemann 2004, die die Wahlkampfkommunikation zur Europawahl 1999 analysiert haben.

Das Kriterium einer europäischen Öffentlichkeit ist aus dieser Perspektive heutzutage naturgegeben nicht erfüllt, da die Entwicklung pan-europäischer Medien bislang in ihren Kinderschuhen steckt und dort, dem empirischen Untersuchungsstand und theoretischen Überlegungen zufolge, auch stecken bleiben wird.

*„RTL ist nicht deshalb ein europäischer Sender, weil er zur Hälfte einem Luxemburger Medienunternehmen gehört. Die ARD, SAT.1 und das ZDF veranstalten keinen europäischen Journalismus, nur weil sie auch in der Schweiz und in Österreich nennenswerte Einschaltquoten haben. Und weder sind die deutsche Bild-Zeitung noch die britischen Boulevard-Blätter Sun, Daily Mail oder Daily Mirror als die mit Abstand größten Zeitungen des Kontinents in irgendeiner Weise erkennbare Institutionen eines europäischen Journalismus. (...) Wenn wir nicht so zarte und irgendwo auch künstlich am Leben gehaltene Pflänzchen wie Lettre und Le monde diplomatique, den Kulturkanal ARTE, wenn wir nicht gescheiterte Projekte wie den European oder politikferne Titel wie GEO und Auto-Bild zu Vorbildern eines europäischen Journalismus deklarieren - dann gibt es keinen europäischen Journalismus.“ (Ruß-Mohl zitiert in Kantner 2002: 97)*

Wahr ist, dass es tatsächlich wenige Medien gibt, die die nationalen Grenzen überschreiten – und die wenigen, die sich als Medien für den EU-Bürger verstehen, bleiben einer Minderheit reserviert. Auf dem freien Markt ist diese Art von Publikum innerhalb der EU so rar gesät, dass sich pan-europäische Medienprojekte als wirtschaftlich unrentabel erweisen und schlichtweg pleite gehen.<sup>9</sup>

Eine solche Auffassung von europäischer Öffentlichkeit führt zwangsläufig zu einer pessimistischen Einschätzung ihres aktuellen Existenzstandes und ihre zukünftigen Entwicklungschancen. Dies führt zu ernüchterten Aussagen, dass eine europäische Öffentlichkeit *„unbezweifelbar (...) bisher bestenfalls rudimentär entwickelt (ist)“* (Kleinsteuber 2004: 29) bis hin zu niederschmetternden Prophezeigungen: *„Aussichten auf eine Europäisierung des Kommunikationssystems bestehen vollends gar nicht“* (Grimm 1995: 41). Die Hindernisse für eine europäische Öffentlichkeit sehen die Skeptiker in mehreren Punkten.<sup>10</sup>

Das größte Problem sehen sie zunächst im Fehlen einer gemeinsamen europäischen Sprache. Dies kommt am deutlichsten in einem Zitat von Kielmansegg heraus, wenn er schlicht konstatiert:

---

<sup>9</sup> Vgl. dazu z.B. die Untersuchungen von Dill „Europa TV – zu Tode geliebt“ (1991), die Arbeiten von Gräßle (1995) zu Arte und von Neveu (2002) zum L’Européen. Allgemein zu pan-europäischen Medien siehe auch Kevin 2003: 38ff.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu die Ausführungen von Kantner 2002, die darauf in ihrer Dissertation wesentlich detaillierter eingeht.

*„Europa ist keine Kommunikationsgemeinschaft, weil Europa ein vielsprachiger Kontinent ist – das banalste Faktum ist zugleich das elementarste. Die europäischen Völker leben in ihren Sprachen als je besonderen ‚Wahrnehmungs – und Verständigungskulturen‘, und sie werden weiter in ihnen leben, wenn Europa Europa bleibt. (...) Der von Massenmedien getragene öffentliche politische Diskurs, der Politik überhaupt erst zu einer Sache der Allgemeinheit und damit die Demokratie erst zur Demokratie macht, bleibt seiner Natur nach an Sprachräume gebunden. Ein europäischer Diskurs, getragen von europäischen Medien, geführt vor einem und mit einem europäischen Publikum – das mag eine Vision sein. Eine Wirklichkeit ist es nicht.“ (Kielmansegg 1994: 55ff)*

Ebenso findet man auch bei Grimm eine Fixierung auf das Sprachenproblem als unüberwindbare Barriere für eine europäische Öffentlichkeit.

*„Ein solcher (europäischer Zeitschriften und TV) Markt setzte aber ein Publikum voraus, das über Sprachkompetenzen verfügte, die es ihm erlaubten, europäische Medien zu nutzen. Das wäre entweder dann der Fall, wenn jeder Publizist sich seiner eigenen Sprache bedienen könnte, und doch sicher sein dürfte, allgemein verstanden zu werden, oder – realistischer – wenn sich neben den Muttersprachen eine europäische lingua franca (..) durchzusetzen vermochte. Davon ist die Europäische Union derzeit aber noch weit entfernt. Damit ist das größte Hemmnis für eine Europäisierung der politischen Subkultur, von der das Funktionieren eines demokratischen Systems, und das Leistungsvermögen eines Parlaments abhängt, benannt. Es liegt in der Sprache.“ (Grimm 1995: 41f)*

Dahl geht sogar noch einen Schritt weiter, indem er anzweifelt, ob in vielsprachigen Gemeinschaften überhaupt deliberative Demokratie möglich sei.

*„The larger the linguistic community, the more likely it will be that citizens will not have access to influence or be able to participate in an egalitarian form of decision-making in a unified public sphere. Transnational democracy will not be participatory and deliberative, perhaps not even ‚genuinely‘ democratic at all.“ (Dahl 1999: 19)*

Kommunikation wird gleichgesetzt mit Sprache, und da Europa ein vielsprachiger Kontinent ist, könne keine (einheitliche) europäische Öffentlichkeit entstehen. Entweder müssten alle Medien in alle Sprachen übersetzt werden (was natürlich schon rein logistisch und finanziell unmöglich wäre) oder man müsste auf die oben zitierte lingua franca zurückgreifen. Da es jedoch immer noch große Bevölkerungsschichten Europas gibt, die weit entfernt davon sind, sich kompetent über politische Themen auf einer anderen Sprache austauschen oder informieren zu können<sup>11</sup>, scheint das Sprachargument tatsächlich zunächst einen ‚knock-out‘ für eine europäische

---

<sup>11</sup> Vgl. Schlesinger 2003, der Ergebnisse einer EU-weit durchgeführten Untersuchung zur Sprachkompetenz zitiert.

Öffentlichkeit darzustellen. Denn bislang könnten so nur Eliten an einem europäischen Kommunikationsraum teilnehmen. Dies widerspricht jedoch der Grundvoraussetzung, dass Öffentlichkeit prinzipiell jedem offen stehen muss.

Ein weiteres Problem, das eine europäische Öffentlichkeit verhindert, ist das Fehlen eines europäischen Demos oder einer europäischen Identifikation. *„Gemeinsame kollektive Identität aller Europäer (erscheint) als die entscheidende Voraussetzung für das Entstehen eines gemeinsamen Kommunikationsraums“* (Wessler 2004: 19).

Das Fehlen eines europäischen Volkes wurde bereits im Zusammenhang des allgemeinen demokratischen Defizits der EU genannt. Es wird jedoch von einigen Autoren auch explizit im Kontext einer europäischen Öffentlichkeit genannt. Dieses Argument resultiert daraus, wenn – anders als im obigen Modell erläutert – das Demokratiedefizit als eine der *Ursachen* (und nicht als die Folge) eines Öffentlichkeitsdefizit wahrgenommen wird (vgl. Gerhards 2000 und Wessler 2004). Wenn also angenommen wird, dass das Demokratiedefizit dem Öffentlichkeitsdefizit vorgelagert ist, kommt natürlich das Problem des Demos wieder zum Zuge.

*„Die territorialen Grenzen der Öffentlichkeit sind entsprechend meist identisch mit den territorialen Grenzen der Demokratie, weil die gewählten Vertreter des jeweiligen Volkes ihr kommunikatives, öffentliches Verhalten an dem ‚demos‘ orientieren, von dem sie gerade gewählt und abhängig sind. Auf europäischer Ebene ist diese Bedingung gerade nicht gegeben und sicherlich – neben dem Sprachproblem – eines der wichtigsten Hemmnisse der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit.“* (Gerhards 2000: 292)

Da der europäische Rat und der Rat der EU nicht unmittelbar vom europäischen Volk, sondern von den verschiedenen nationalen demoi gewählt werden, würde sich dementsprechend auch ihre Aufmerksamkeit auf diese nationalen demoi richten. *„Als Sprecher in den Medien wollen sie ihr nationalstaatlich spezifisches Publikum erreichen und nicht ein europäisches Volk“* (ebd.). Aus dieser Sichtweise verhindern somit die vorherrschenden nationalen Identitätskonstrukte eine europäische Öffentlichkeit, da die Akteure sich nicht an ein europäisches Publikum richteten. Und ohne europäisches Publikum gäbe es somit auch keine europäische Öffentlichkeit.

Diese Feststellung führt ohne Umwege zum dritten Argument, das Skeptiker einer europäischen Öffentlichkeit heranziehen: das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Perspektive, bzw. einer europäischen ‚öffentlichen Meinung‘.

*„Berichten sie (die nationalen Medien, Anm. A.K.) aus Brüssel, dann geschieht dies (...) aus der Perspektive des jeweiligen nationalstaatlichen Interesses ohne oder mit nur geringem Bezug auf ein*

*gesamteuropäisches Interesse. Das dominante Muster der Meinungsbildung ist weiterhin nationalstaatlich geprägt. (...) Entsprechend dominant sind nationalstaatliche Nutzenerwägungen im Vergleich zu einer europäischen Perspektive.“* (Gerhards 1993: 99)

D.h. selbst wenn die politische Agenda transnational bestimmt sei, bliebe der Blickwinkel national ausgerichtet. *„Although present constitutional debate supplies a common, transnational agenda (...) it tends to be mainly refracted through the lenses of national interest“* (Schlesinger 2004: 2). Europa erscheine daher als *“empty gap between the local and the global”* (Fundesco Annual Report zitiert in Ernst 1998: 231).

*„Paris, Kopenhagen, Rom oder Berlin sind die Arenen, die von den französischen, dänischen, italienischen oder deutschen Massenmedien ins Bild gebracht werden. Brüssel bleibt ein Nebenschauplatz. Wenn aber von Brüssel bzw. der EU die Rede ist, dann fast immer vor dem Hintergrund der nationalen Politik und der nationalen Auseinandersetzung um ‘Europa’.“* (Ernst 1998: 231)

Wenn die Perspektiven auf europäische oder internationale Themen jedoch im Nationalen verankert bleiben, so die Argumentation, könne keine ‚echte‘ europäische Öffentlichkeit entstehen. Europa werde ‚domestiziert‘, und daher kann sich keine europaweite ‚öffentliche Meinung‘ bilden. *„...in der Europäischen Union gibt es noch elf Amtssprachen und fünfzehn öffentliche Meinungen“* (Löffler 2000 zitiert in Kantner 2002: 95).

Diese Skepsis gegenüber einer europäischen Öffentlichkeit ist verständlich und nachvollziehbar, wenn – aber auch nur wenn – man gewisse Vorstellungen über das, was ‚Öffentlichkeit‘ ist, teilt. Diese wären: Erstens: Es gibt eine einheitliche nationale Öffentlichkeit und auch eine einzige nationale öffentliche Meinung. Zweitens: Diese nationale Öffentlichkeit konstituiert sich daraus, dass ihre Teilnehmer der gleichen Nation, Sprache und Kultur angehören. Drittens: Diese Art von Öffentlichkeit muss ebenso auf das europäische Modell übertragbar sein, um von einer europäischen Öffentlichkeit reden zu können.

Diesen Vorstellungen kann man allerdings Argumente entgegensetzen, die zur Konsequenz haben, dass ein solches Modell europäischer Öffentlichkeit nicht länger haltbar ist. Stattdessen soll in der vorliegenden Arbeit mit einem Modell europäischer Öffentlichkeit als *Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten* gearbeitet werden.

Die Vorstellung einer einheitlichen nationalen Öffentlichkeit und einer einzigen öffentlichen Meinung stellt eine Idealisierung dar. Ich habe weiter oben bereits argumentiert, dass man selbst in nationalen Arenen korrekterweise von Öffentlichkeiten im Plural sprechen müsste, weil *die* Öffentlichkeit so nicht existiert. D.h. es muss auch im nationalen Raum davon

ausgegangen werden, dass Teilöffentlichkeiten existieren, die sich wohl eher lose zu dem zusammenbinden, was dann die deutsche, die britische oder die französische Öffentlichkeit genannt wird. Da innerhalb und zwischen diesen verschiedenen Teilöffentlichkeiten normalerweise zu politischen Themen kein Konsens herrscht, gibt es auch keine einheitliche nationale öffentliche Meinung. Wenn die Idee von *einer* Öffentlichkeit jedoch selbst für den nationalen Raum relativiert werden muss, dann kann man diesen Idealtyp nicht so unkritisch auf Europa übertragen (Risse 2002a+b, Van de Steeg 2002 und 2005, Eder 2000, Eder/Kantner 2000). Ent-idealisiert man die Einheitlichkeit nationaler Öffentlichkeit, so ist auch ein Modell, dass europäische Öffentlichkeit als ein pluralistisches Konstrukt nationaler Öffentlichkeiten konzipiert, zulässig.

Die Übertragung nationaler Öffentlichkeitsvorstellungen auf die europäische Ebene ist auch aus einem zweiten Grund nicht angebracht. Bohman weist zu Recht darauf hin, dass die Funktionen von Demokratie und Öffentlichkeit nicht unbedingt auf allen Ebenen (also auf der nationalen und der transnationalen) identisch sein müssen. Es geht nicht darum, blindlings normative Erwartungen zu übertragen, sondern der Ebene angepasste normative Ansprüche zu formulieren.

*„The criticism holds only if democratic agents in the transnational public sphere seek to approximate the assumptions of the national variant. To look only at the constraints of size in relation to a particular form of political community begs the question of whether or not there are alternative linkages between democracy and the public sphere that are not simply scaled up. Such linkages might be more decentralized and polycentric than the national community requires. The issue here is the standard of evaluation, not whether some other public sphere or form of community ‘is totally or completely democratic, but whether it is adequately democratic given the kind of entity we take it to be’ (MacCormick, 1997). For a nation state to be democratic, it requires a certain sort of public sphere (...). A transnational and thus polycentric and pluralist community, such as the European Union, requires a different sort of public sphere in order to promote sufficient democratic deliberation.“ (Bohman 2004: 147f)*

Es ist daher mehr als fraglich, warum eine europäische Öffentlichkeit tatsächlich nur dann existieren sollte, wenn sie Ausprägungen wie die der nationalen aufweist. Denn warum braucht eine europäische Öffentlichkeit genuine europäische Medien, wenn die nationalen Medien die Funktionen einer europäischen Öffentlichkeit durch ihre Europäisierung übernehmen können?

Die unterschiedlichen Formen von Europäisierung nationaler Medien können grob in vertikale und horizontale Europäisierung unterteilt werden (Koopmans/Statham 2002,

Koopmans/Erbe 2003, Pfetsch 2004)<sup>12</sup>. Die vertikale Europäisierung findet immer dann statt, wenn europäische Themen in die nationalen Debatten aufgenommen werden. Dies kann dadurch geschehen, dass Ereignisse, die auf EU-Ebene stattgefunden haben in die nationalen Medien aufgenommen und dort diskutiert werden oder wenn EU-Institutionen nationale Politik kommentieren. Dies wäre dann eine Art ‚top-down‘-Europäisierung. Eine vertikale Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten findet aber auch dann statt, wenn sich nationale Akteure an die europäische Ebene wenden, um z.B. Forderungen an die EU zu stellen (‚bottom-up‘) (vgl. Koopmans/Erbe 2003: 4). Vertikale Europäisierung bezeichnet also den Austausch (in beide Richtungen) zwischen EU und nationaler Ebene.

Als Europäisierung wird jedoch auch angesehen, wenn ein zunehmender Austausch zwischen den verschiedenen europäischen Ländern stattfindet. Wenn Debatten aus anderen EU-Ländern beobachtet und in die eigene öffentliche Diskussion integriert werden, kann dies als horizontale Europäisierung bezeichnet werden. Hier geht es also um die *„communicative linkages between different member states“* (ebd.).

Das Wort ‚Europäisierung‘ beinhaltet durch seine Endung die Konnotation eines Prozesses, d.h. der fortschreitende Einfluss von europäischer auf die nationale Ebene. Ich gebe zu, dass der Gebrauch dieses Begriffes strikt genommen heikel ist, wenn man ihn verwendet, um die Idee einer ‚Europäischen Öffentlichkeit‘ (das als Wortbegriff einen Zustand beschreibt) zu definieren. Eilder/Voltmer haben zu Recht darauf hingewiesen, dass man eigentlich *‚Europäisiertheit‘* sagen müsste, wenn man keinen Zeitverlauf untersucht (Eilder/Voltmer 2003). Da sich die Bezeichnung ‚Europäisierung‘ jedoch im wissenschaftlichen Diskurs auch bei

---

<sup>12</sup> Koopmans /Statham 2002 unterscheiden streng genommen zwischen fünf verschiedenen Formen von Europäisierung. Die erste Version bezeichnen sie als ‚supranationalisation‘, was die Idee einer pan-europäischen Öffentlichkeit beinhaltet. Die zweite Form nennen sie ‚increased national focussing on Europe‘, womit sie die Europäisierung nationaler Medien meinen, wenn diese sich zunehmend mit europäischen Politikprozessen beschäftigen. Die dritte Version bezeichnen sie als ‚vertical convergence from above‘ womit sie nationale Debatten beschreiben, die ursprünglich durch eine europäische Politikentscheidung entstanden sind, sich jedoch soweit davon gelöst haben, dass keine Referenz zu Europa mehr in der Debatte zu finden ist. Als viertes nennen sie die ‚horizontal convergence through cross national diffusion‘, die sich auf die zunehmende Interdependenz nationaler Medien bezieht. Hier ist mit Europäisierung der Austausch zwischen den verschiedenen EU-Öffentlichkeiten gemeint. Als letzte Form von Europäisierung bezeichnen sie ‚Europe as a new conflict dimension in public spheres‘, womit sie auf die Entwicklung eines ‚pro –vs. anti-integration cleavage‘ hinweisen. Da das erste Konzept einer europäischen Öffentlichkeit jedoch in dieser Arbeit schon beschrieben wurde, habe ich diese Version hier außen vor gelassen. Man kann m.E. außerdem die zweite und dritte Form gemeinsam als ‚vertikale Europäisierung‘ bezeichnen, da es hier vorerst schlicht darum geht, festzustellen, ob eine Interdependenz zwischen dem nationalen und dem europäischen Niveau existiert. Mit der horizontalen Version stimme ich überein, dass sich eine Europäisierung auch durch cross-nationalen Austausch zeigt. Die letzte Form ist m.E. keine eigenständige Form von Europäisierung, da sich der Konflikt mit und um Europa erst durch die horizontale oder vertikale Form äussern kann, und nicht unabhängig davon existiert. Koopman selbst macht in einem späteren Paper ebenso nur noch die Unterscheidung zwischen supranationaler, vertikaler und horizontaler Version (vgl. Koopmans/Erbe 2003).

Querschnittsuntersuchungen etabliert hat, muss man die sprachliche Ungenauigkeit wohl hinnehmen. In dieser Arbeit habe ich den Begriff ‚Europäisierung‘ daher auch für Momentaufnahmen aufgegriffen.

Konzipiert man die Idee einer europäischen Öffentlichkeit als eine Europäisierung nationaler Medien, kann man die bislang aufgeführten Gründe für die Schwierigkeit der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit neu überdenken.

Erstens ist es zwar richtig, dass Öffentlichkeit häufig an der nationalen Grenze Halt macht, und dass daher oftmals Öffentlichkeit mit der Zugehörigkeit zu einem Demos, einer Sprache und einer Kultur gleichgesetzt wird. Dies ist jedoch nicht notwendigerweise der Fall. Es gibt z.B. durchaus auch nationale Öffentlichkeiten, die mit unterschiedlichen Sprachen fungieren, wie etwa die Schweiz, Kanada und Indien (Kaelble 2002: 11). Zweitens ist es wohl wahr, dass das Sprachhindernis auch in der näheren Zukunft dazu führen wird, dass es keine pan-europäischen Medien gibt, da die Übersetzung in alle Amtssprachen zu kostspielig wäre und eine lingua franca bislang nur einem Teil der Europäer offen steht. Dies ist jedoch kein Hindernis bei der Entwicklung einer europäischen Öffentlichkeit, wenn man europäische Öffentlichkeit als Europäisierung nationaler Medien konzipiert. Van de Steeg weist zu Recht darauf hin, dass hinter der Kritik des Sprachenproblems die Gleichsetzung von Sprache mit Kommunikation steckt. In einem Zwiegespräch ist es richtig, dass sich der Däne und der Portugiese ohne Fremdsprachenkenntnisse nicht über europäische Politik austauschen können. In einer medialen Öffentlichkeit, von der hier ausgegangen wird, bezeichnen diese beiden Dinge aber nicht dasselbe.

*„Für den Fall einer europäisierten Medienöffentlichkeit (...) bezeichnen Sprache und Kommunikation nicht den gleichen Sachverhalt. Da Medien als Vermittler zwischen den Akteuren fungieren, können alle Teilnehmer in der Debatte von ihrer Sprache Gebrauch machen und dennoch miteinander kommunizieren. (...) Was hier zählt ist Kommunikation, nicht Sprache.“ (Van de Steeg 2002: 7)*

D.h. Journalisten dienen als Übersetzer und machen es so möglich, dass jeder Bürger in seinem Medium die Inhalte, über die in Brüssel, Madrid oder London debattiert wird, nachvollziehen kann. Hinzukommend argumentiert Kaelble in seiner historischen Analyse, dass eine europäische Öffentlichkeit seit dem 18. Jahrhundert stets multilingual gewesen ist - *„a crucial particularity, but it does not impede the functioning of a European public sphere“* (Kaelble 2002: 11). Er weist darauf hin, dass es selbst Anzeichen einer europäischen Öffentlichkeit gab, als Fremdsprachenkenntnisse weitaus weniger verbreitet waren als zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Aus demokratietheoretischer Sicht kann man noch ein weiteres Argument heranzuführen:

*„Wenn alle Länder nur eine Sprache sprechen und sich alle gleich anziehen würden, hätten wir ein Einheitsregime, und es würde schwieriger werden, eine Demokratie zu haben. Die Struktur der Demokratie ist die Vielfalt, also auch die Vielfalt der Sprachen.“* (Boutros Boutros Ghali zitiert in Beierwaltes 1999: 221)

Auch bei dem Sprachenproblem muss sich daher gefragt werden, warum die Vorstellung von pan-europäischen Medien die ‚adäquate‘ Antwort für die europäisch-transnationale Ebene sein sollte. Wenn nationale Medien die Aufgabe übernehmen können, zwischen sprachlichen und kulturellen Grenzen zu übersetzen, ist doch die Grundvoraussetzung von diskursiver Öffentlichkeit auch auf europäischer Ebene erfüllt - ganz ohne dass Mrs Smith aus Manchester und Herr Müller aus Braunschweig dieselbe Zeitung lesen.

Als weiteres Problem zur Konstituierung einer europäischen Öffentlichkeit wird bei Skeptikern das Argument des fehlenden Demos‘ herangezogen. Als Gegenargument möchte ich auf das identitätsstiftende Moment diskursiver Öffentlichkeitsmodelle verweisen. Anstatt einen europäischen Demos oder eine europäische Identität vorauszusetzen, geht das in dieser Arbeit entworfene Konzept ja gerade davon aus, dass europäische Identität sich durch eine europäische Öffentlichkeit herstellen lässt.

*„Die Nation der Staatsbürger darf nicht mit einer vorpolitischen Schicksalsgemeinschaft verwechselt werden (...) Denn damit wird der voluntaristische Charakter einer Staatsbürgernation verfehlt, deren kollektive Identität weder vor noch überhaupt unabhängig von dem demokratischen Prozess, aus dem sie hervorgeht, existiert.“* (Habermas 2001)

Stattdessen ist es ja gerade der demokratische Prozess (in dem ‚Öffentlichkeit‘ ihren Platz hat), der diese *„vermittelte Solidarität“* (ebd.) erst hervorgebracht hat. Denn *„was eine Nation von Staatsbürgern – im Unterschied zur Volksnation – einigt, ist kein vorgefundenes Substrat, sondern ein intersubjektiv geteilter Kontext möglicher Verständigung“* (ebd. 1996: 189). In diesem Gedanken ist implizit auch das Problem beantwortet, was wem vorausgeht (oder in Risses Worten ausgedrückt: das Problem von Henne und Ei). Europäische Identität ist keine Voraussetzung für eine europäische Öffentlichkeit, sondern sie kann im Gegenteil mit und durch ihren diskursiven Prozess zu der Entstehung ebenjener beitragen.

*„C’est seulement à travers l’habitude bien ancrée de s’engager dans des débats publics transnationaux entre citoyens qu’une solidarité mutuelle (...) (peut) se développer.“* (Nanz 2003: 70)

Der Schritt des gegenseitigen Perspektivenaustausches, des Erklärens und Verstehens zwischen den Kommunikationspartnern führt ja gerade dazu, dass man sich mit dem Anderen verbunden fühlt. Die Tatsache, dass man Geltungsansprüche in den öffentlichen Raum stellt, und darauf im diskursiven Prozess Antwort erhält, zeichnet bereits eine politische Gemeinschaft aus.

*„To have the standing to make claims and incur obligations within an institutional framework is to have a political identity. To participate in a cosmopolitan public sphere is precisely to be open to the claims of any participant in any public, to be the addressee of claims that are made to the human community as such. (...) Once such claims are taken up and responded to in the present or in our community, we see ourselves as standing towards others whose standing is our concern and for whom we act to constitute a larger public sphere in taking up their claims upon us. (...) This sort of mutual responsiveness and interdependence is the basis for a potential democratic community.“* (Bohman 2004: 153)

Der Gedanke, dass es eine starken europäischen Identität bedarf, um eine europäische Öffentlichkeit herzustellen, kommt somit *„dem Ansinnen gleich, das Pferd beim Schwanz aufzuzäumen“* (Van de Steeg 2003: 9). Dabei soll nicht bestritten werden, dass nicht in irgendeiner Form bereits ein Minimum an gemeinsamer politischer Kultur existieren muss, damit das identitätsstiftende Moment diskursiver Kommunikation Früchte tragen kann. Genauso wenig soll hier eine Kausalkette von Öffentlichkeit-Identität propagiert werden. Habermas selbst spricht in diesem Zusammenhang von *„Flussgrößen in einem Kreisprozess“* (Habermas 1996: 191), die sich gegenseitig stabilisieren, Kaelble/Passerini bezeichnen den gleichen Vorgang als *„ongoing connected process, whereby the sense of belonging is directly linked to the growth of a public space with European characteristics“* (Kaelble/Passerini 2002: 6). In beiden Bezeichnungen wird deutlich, dass sich europäische Identität nicht aus dem ‚Nichts‘ entwickeln kann - denn nur weil man einem australischen Farmer und einem russischen Balletttänzer dieselbe Zeitung zum Lesen gibt, bildet sich zwischen ihnen sicherlich noch kein hinreichendes Gemeinschaftsgefühl. Natürlich lässt sich darüber streiten, inwieweit Europa als Identifikationsfläche bereits ausgeprägt ist. Lepsius ist der Meinung, dass für die kollektive Identitätsbildung die EU noch *„keinen umfassenden und finalen Bezugspunkt“* (Lepsius 1999: 208) bildet. *„In der Vielfältigkeit der übernationalen Regime gewinnt sie zwar beständig an Bedeutung, doch hat sie den Nationalstaat funktional nicht ersetzt“* (ebd.). Allerdings kann man einwenden, dass die nationalstaatliche Identifikation auch nicht durch eine europäische ersetzt werden muss, um die Bedingung für eine europäische Öffentlichkeit zu erfüllen. Identitäten existieren ja nicht nur im Singular.

*„Identitäten sind Mehrfachidentitäten, weil auch die Identifikationsprozesse komplexe, instabile Prozesse mit mehrfachem Input sind. (...) Die Pluralität von Identitäten ergibt sich aus ihrer Konstruiertheit. Keine Identität darf als ‚naturegeben‘ betrachtet werden.“* (Berten 1994: 58f)

Lepsius selbst weist später darauf hin, dass sich im Verlaufe des Integrationsprozesses die bislang nationalstaatlich geschlossene Identitätsbildung öffnen und sich eine neue Institution als Bezugseinheit bilden wird. *„Die Identitätsbildungen innerhalb der Nationalstaaten, die bisher schon mehrdimensional waren, werden durch eine Bezugsgröße >Europa< erweitert“* (ebd.: 213). Kantner argumentiert zu Recht, dass die EU-Bürger immerhin davon überzeugt seien, dass sie eine Vielzahl der politischen Probleme, die alle oder einige von ihnen beschäftigen, eher im europäischen Rahmen lösbar seien als im Nationalstaat. Die Europäer seien daher kein zufällig *„zusammengewürfelter Haufen“* (Kantner 2005:1 85). Die parallele Identifikation mit Europa ist heute so weit fortgeschritten, dass sich immerhin 63% aller EU-Bürger in der einen oder anderen Form als ‚Europäer/in‘ empfinden (Standard Eurobarometer 45: 14).<sup>13</sup> Auch wenn die nationale Identifizierung stärker ist, könnte eine europäische Öffentlichkeit hier durchaus als Motor hin zu einer starken Identifikation fungieren. Denn gerade die konfliktuelle Auseinandersetzung, die man in Europa gehäuft feststellt, wenn sich über die Zukunft der EU, Mehrheitsregelungen oder auch nur über Steuersätze gestritten wird, kann zu einer gemeinsamen Identitätsbildung führen.

*„Identität wird durch Konflikt gebildet. (...) Es ist im Konflikt, dass das >wir< dem >anderen< begegnet, und in dieser Begegnung wird die Identität des >ich< konstituiert. Identität setzt also ein Handlungsmodell sozialer Interaktion voraus.“* (Delanty 1999: 269)

Soziale Interaktion wird geschaffen durch Öffentlichkeit und insofern greift die Monokausalität von ‚keine Identität – keine Öffentlichkeit‘ m.E. zu kurz und ist als überzeugendes Argument gegen die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit nicht tragbar.

Der dritte Punkt, den Skeptiker einer europäischen Öffentlichkeit nennen, entspringt der Idee, dass die nationalen Medien weiterhin aus nationaler Perspektive berichten und es einer europäischen Öffentlichkeit an einer europäischen Perspektive mangle. Durch diese national versäulte Struktur der Informationsgebung würden nationale Perspektiven unmittelbar in ihre je spezifische nationale Öffentlichkeit übertragen, ohne dass transnationale Perspektiven vermittelt würden. Die Korrespondenten passten sich dieser Struktur an, weil in ihren

---

<sup>13</sup> Diese Zahl bezieht sich auf die EU15, wobei 44% angeben, sich als zunächst (Nationalität) und dann Europäer/in zu fühlen, 6% als erst Europäer/in und dann (Nationalität) und 3% nur als Europäer/in.

Heimatredaktionen und bei ihrem Publikum nationale Effekte europäischer Beschlüsse und eine nationale Perspektive auf das Geschehen eine höhere Aufmerksamkeit genießen als eine europäische Perspektive (Gerhards 1993: 106). Das Gegenargument ist implizit im von mir oben erörterten diskursiven Öffentlichkeitsmodell erhalten: Konflikte sind der Nährboden von Kommunikation. Konflikte sind jedoch nur möglich, wenn Meinungsunterschiede bestehen, und Meinungsunterschiede ergeben sich aus unterschiedlichen Betrachtungsweisen ein und desselben Gegenstandes. Daraus folgt, dass unterschiedliche Perspektiven per se noch kein Kommunikationshindernis darstellen, sondern im Gegenteil durchaus kommunikationsfördernd wirken können. *„Unterschiedliche Perspektiven sind konstitutiv für das Gespräch“* (Kantner 2002: 130). Andreas Ernst argumentiert in seiner Analyse zur Herausbildung einer schweizerischen Öffentlichkeit:

*„Entscheidend ist nun, dass es sich um eine gesamtschweizerische Öffentlichkeit handelt, dass sie gerade durch den Konflikt gesamtschweizerisch wird, sich aus ihren partikulären lokalen und regionalen Bezügen löst und (ob befürwortend oder ablehnend) sich auf das Projekt des Bundesstaates bezieht.“* (Ernst 1998: 230)

Wenn die Entwicklung einer gesamtschweizerischen Öffentlichkeit durch Konflikt entstanden ist, warum sollte man bei einer europäischen Öffentlichkeit gerade diese konfliktuelle Auseinandersetzung anprangern und sie als Argument der Unmöglichkeit der Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit heranziehen? Geht man von einem diskursiven Öffentlichkeitsmodell aus, in dem die Betonung weniger auf ‚Konsens‘ als vielmehr auf dem Prozess des Dialoges liegt, stellen Meinungsunterschiede kein Hindernis für eine Kommunikationsgemeinschaft dar. Viel wichtiger als derselben Meinung zu sein ist hierbei, dass die Perspektiven ausgetauscht werden und somit ein Kommunikationszusammenhang hergestellt wird, in dem die Interpretationsrahmen der anderen geteilt werden können. Interpretationsrahmen (bzw. das, was an späterer Stelle ‚Frames‘ genannt wird) lassen nicht zwangsläufig nur eine Meinung zu (Gamson/Modigliani 1989: 4). Kantner verweist in ihrem hermeneutisch-pragmatischen Öffentlichkeitsmodell hin auf die

*„...gemeinsam geteilte objektive und soziale Welt als Gegenstandsbereiche, auf die sich die Akteure interaktiv und kommunikativ beziehen. Der Gegenstandbezug sichert in ausreichendem Maße, dass ‘über das Gleiche’ geredet wird, so wie drei Sprecher nicht aneinander vorbei reden, wenn sie ein Haus von der Schmalseite, der Längsseite und der Draufsicht beschreiben.“* (Kantner 2002: 131)

Genauso wie im Nationalstaat unterschiedliche Meinungen und Präferenzen existieren, gibt es dies auch auf europäischer Ebene. Wenn diese Kakophonie von Interessen auf nationaler

Ebene akzeptiert ist und man dies dennoch als Teil der nationalen Öffentlichkeit anerkennt, warum sollte dies für eine europäische Öffentlichkeit nicht gelten? Es ist durchaus legitim und keineswegs hinderlich, dass französische Medien eine französische Perspektive einnehmen und deutsche eine deutsche (und die deutsche ‚Linke‘ sogar evtl. noch eine andere als die ‚Konservative‘), wenn dennoch sichergestellt ist, dass diese Öffentlichkeiten so vernetzt sind, dass die Bedeutungsrahmen geteilt werden. Diese Vernetzung geschieht durch den Austausch von Perspektiven (wenn z.B. die deutschen Medien darüber berichten, wie auf eine bestimmte EU-Richtlinie in Frankreich reagiert wird oder wenn französische Sprecher in deutschen Medien zu Wort kommen), ebenso wie durch eine indirekte Perspektivenvernetzung durch Austausch zwischen den Korrespondenten. Ziel des hier erörterten Öffentlichkeitsmodells ist es nicht, eine einheitliche Perspektive herzuleiten, sondern durch einen Dialog bzw. Diskurs eine Kommunikationsgemeinschaft zu schaffen, in der man sich mit den Meinungen der Anderen auseinandersetzt. Wenn man innerhalb Europas bereit und fähig ist, sich mit den Perspektiven der anderen Europäer zu befassen, konstituiert dies die Voraussetzung für eine europäische Öffentlichkeit. Wenn dies nicht geschieht, dann, aber erst dann, steht es zugegebenerweise schlecht um eine europäische Öffentlichkeit. Denn erst durch die Auseinandersetzung mit den Deutungsmustern der Anderen können die Perspektiven aus dem nationalen Kontext gelöst werden.

*„Solche Deutungen, solche Relevanzgesichtspunkte, sind mehr als nur Ausdruck nationalstaatlicher Perspektiven. Denn die Diskursteilnehmer nehmen hier eine Perspektive im Gespräch über Europa ein, in der Meinung und Herkunft entkoppelt sind, weil Akteure bereit sind, legitime Interessen der anderen Seite anzuerkennen und sich durch gute Gründe überzeugen zu lassen.“ (Eder/Kantner 2000: 313)*

Dahinter steckt also durchaus auch, dass Lerneffekte dazu führen können, die eigene Perspektive zu revidieren, d.h. dass die nationale Sichtweise sich durch ihre Europäisierung verändern kann (Eilders/Voltmer 2003: 253). Doch auch dieser Lernprozess wird wohl nie zu einer einheitlichen europäischen öffentlichen Meinung führen wie sie von den Partikularisten gefordert wird. Relativiert man jedoch ein wenig den Blick auf die nationale Öffentlichkeit und erkennt deren Heterogenität an, dann bekommt auch die europäische Öffentlichkeit eine faire Chance.

Wie jedoch kann man eine europäische Öffentlichkeit in der hier konzipierten Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten erkennen? In den Worten Risses ausgedrückt: *„How do we know a European Public Sphere when we see one?“* (Risse 2002a). Von Habermas inspiriert haben Eder/Kantner das Kriterium einer europäischen Öffentlichkeit entwickelt, das mittlerweile in dem

wissenschaftlichen Zirkel, der mit einem Europäisierungs-Modell arbeitet, konsensfähig geworden ist. Demnach existiert eine europäische Öffentlichkeit, wenn in den nationalen Medien zur *gleichen Zeit die gleichen Themen unter den gleichen Relevanzgesichtspunkten* diskutiert werden (Eder/Kanter 2000 und 2002, Kantner 2002 und 2004). In diesem Kriterium steckt die Idee, dass die europäischen Bürger so die Chance haben, durch ihre nationalen Medien europa-politische Themen und deren Deutungsmuster zu erfahren, und ein Deutscher und Portugiese (wenn sie denn eine gemeinsame Sprache finden) sich über diese Themen austauschen könnten, so wie es auch der Bild- und FAZ-Leser tun könnten.<sup>14</sup>

Eder/Kantner argumentieren, dass dieses Kriterium allein ausreicht, um von einer europäischen Öffentlichkeit reden zu können (vgl. Eder/Kantner 2002). Ich bin allerdings der Meinung, dass dies nur das notwendige Kriterium darstellt, dem jedoch noch ein hinreichendes folgen muss, das sich mit dem Austausch bzw. der Vernetzung der Medienarenen beschäftigt. Denn

*„...in order for (the transnational public sphere, Anm. A.K.) to be an adequate extension of the dialogical public sphere for democratic purposes, a public of publics must still enable communication with an indefinite (although not unitary) audience. It cannot simply remain a fragmented series of publics but must become what I have called a serial public that is potentially connected in the proper institutional context to other publics. If this is the case, participants in the political public sphere of such publics relate to each other in a particular way that preserves perhaps the most essential feature of dialogue for democratic citizenship.“* (Bohman 2004: 152)

Der faktische Austausch zwischen den verschiedenen nationalen Öffentlichkeiten ist daher ein wichtiges Kriterium für die Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit. Mein Argument dafür greift meiner Datenanalyse voraus: Ich habe in meiner Auswertung gefunden, dass die sechs untersuchten europäischen Medien in ihrer Berichterstattung häufig ähnliche Bedeutungsmuster anwenden. D.h. hier müsste nach Eder/Kantner geschlussfolgert werden, dass eine europäische Öffentlichkeit existiert. Beim Hinzunehmen anderer Kriterien wurde jedoch deutlich, dass diese geteilten Bedeutungsstrukturen evtl. gar nicht durch gemeinsamen Dialog zustande gekommen sind. So ist z.B. während des Kosovo-Krieges der innereuropäische Austausch nur sehr gering ausgeprägt, so dass man kaum von ‚Dialog‘ reden kann. Für die theoretische Ebene heißt das: Ein gemeinsamer Diskurs führt zwar zum Teilen

---

<sup>14</sup> Kantner räumt zu Recht ein, dass die genannten Kriterien in der empirischen Untersuchung moderat anzulegen sind, da zeitliche Unterschiede in gewissen Grenzen sinnvoll erklärt werden können. (Vorreiterrolle oder Nachzüglertum eines Massenmedium oder bestimmter Nationen). Ebenso sind kleine Unterschiede im Aufmerksamkeitsgrad akzeptabel, da z.B. die Bürger in Ländern ohne Verbindung zum Meer sich weniger für die EU-Fischereipolitik interessieren als Küstennationen (Kantner 2002: 165).

von Deutungsrahmen, der Umkehrschluss, dass die gleichen Interpretationsmuster das Resultat eines gemeinsamen Diskurses sind, ist jedoch nicht zwangsläufig richtig. Insofern muss ein weiteres Kriterium hinzugenommen werden, das auf den *tatsächlichen Austausch* (in horizontaler und vertikaler Weise) hinweist. D.h. um feststellen zu können, ob die geteilten Relevanzgesichtspunkte durch einen diskursiven Kommunikationsprozess entstanden sind, muss festgestellt werden, ob die unterschiedlichen nationalen Medien miteinander vernetzt sind (horizontale Europäisierung) und ob ein Austausch zwischen der nationalen und europäischen Ebene stattfindet (vertikale Europäisierung). Ein hinreichendes Kriterium für eine europäische Öffentlichkeit liegt also darin, dass ein *Austausch und eine gegenseitige Beobachtung* innerhalb der EU existieren muss. Van de Steeg hat diese Bedingung ‚*cross-fertilization*‘ genannt (Van de Steeg 2005), Tobler bezeichnet es als ‚*Arenareferentialität*‘ (Tobler 2002).

Neben diesen zwei Kriterien muss m.E. nach jedoch noch eine dritte Bedingung erfüllt sein, wenn man von einer europäischen Öffentlichkeit sprechen möchte: Ich habe darauf hingedeutet, dass das hier verwendete diskursive Öffentlichkeitmodell davon ausgeht, dass aus einem gemeinsamen Diskurs eben auch die Idee eines gemeinsamen ‚Wir‘, also eine gemeinsame Identität, entsteht. Eine europäische Öffentlichkeit muss sich daher auch an diesem Kriterium messen lassen. Geteilte Deutungsmuster und gegenseitiger Austausch konstituieren nur einen Teil von Öffentlichkeit und können allein noch nicht das Konzept diskursiver Öffentlichkeit erfassen. Erst, wenn sich zeigt, dass dieser Diskurs Elemente einer ‚*imagined community of Europe*‘ (Rauer/Rivet/Van de Steeg 2002), also eine ‚*Identifikationsgemeinschaft Europa*‘ erzeugt, kann eine europäische Öffentlichkeit alle Kriterien des hier herangezogenen Öffentlichkeitsmodells erfüllen.

Es müssen also folgende drei Kriterien erfüllt sein, damit man von der Existenz einer europäischen Öffentlichkeit sprechen kann:

- Die nationalen Öffentlichkeiten müssen die gleichen Themen zur gleichen Zeit unter den gleichen Relevanzgesichtspunkten diskutieren.
- Es muss ein vertikaler und horizontaler Austausch innerhalb der EU stattfinden.
- Es muss eine Identifikationsgemeinschaft Europa in den nationalen Medien hergestellt werden.

Die obige Diskussion hat gezeigt, dass eine europäische Öffentlichkeit auf theoretischer Ebene durchaus möglich ist. Eder/Kantner schreiben zu Recht, dass die Frage nach der Existenz oder Inexistenz einer europäischen Öffentlichkeit jedoch eine empirische ist, und auch als solche diskutiert werden sollte (Eder/Kantner 2002: 81). Dies ist Ziel dieser Dissertation. Auf die empirische ‚Übersetzung‘ der oben genannten Kriterien in Indikatoren wird daher im Methodik-Kapitel eingegangen. Ich möchte jedoch bereits an dieser Stelle einige theoretische Überlegungen anstellen zum sinnvollen Messen von europäischer Öffentlichkeit, da sich aus diesen Punkten auch das theoretische Modell weiterentwickelt.

### **2.3 Europäische Öffentlichkeit: Messen im luftleeren Raum?**

Der Frage nach europäischer Öffentlichkeit ist mittlerweile in einigen Forschungsprojekten nachgegangen worden, auch wenn die empirische Lücke noch lange nicht geschlossen ist.<sup>15</sup> Die meisten dieser Arbeiten untersuchen mehrere europäische Medien (zumeist Print) zu einem oder mehreren EU-Politikbereichen, um festzustellen, wie europäisiert das Thema behandelt wird. Die Ergebnisse der Arbeiten haben zu interessanten und aufschlussreichen Erkenntnissen geführt, die die Diskussion über eine europäische Öffentlichkeit belebt und ihr eine neue Betrachtungsweise gegeben haben. Die Leistung dieser Arbeiten besteht darin, dass sie das noch unberührte empirische Feld europäischer Öffentlichkeit betreten und damit Grundlagenforschung betrieben haben in dem Sinne, als dass sie wichtige Orientierungshilfe und Forschungsideen für nachkommende Arbeiten vermittelt haben. Das methodische Problem, das ich bei Arbeiten dieser Art jedoch sehe, ist, dass europäische Öffentlichkeit sozusagen im ‚luftleeren Raum‘ gemessen wurde. Denn wenn man die Relevanzgesichtspunkte zu einem bestimmten Thema innerhalb Europas untersucht, und feststellt, dass diese tatsächlich geteilt werden – kann man daraus folgern, dass dies eine *spezifisch-europäische* Sichtweise ist? Diese Frage lässt sich doch erst beantworten, wenn der Vergleich mit einer außer-europäischen Öffentlichkeit nachvollzogen wurde, d.h. wenn eine Kontrollgruppe hinzugefügt wurde. Dies ist in manchen Projekten geschehen, längst jedoch nicht in allen. Was kann man schlussfolgern,

---

<sup>15</sup> Mittlerweile sind einige größere Forschungsprojekte abgeschlossen, siehe z.B. das Projekt unter Leitung von Risse/Giesen ([www.fu-berlin.de/atasp](http://www.fu-berlin.de/atasp)), die Projektgruppe rund um Eder/Kantner/Trenz ([www.rz.hu-berlin.de/struktur/forschung/transoeff/transoeffzuss.html](http://www.rz.hu-berlin.de/struktur/forschung/transoeff/transoeffzuss.html)) und die Europub-Gruppe ([www.europub.wz-berlin.de](http://www.europub.wz-berlin.de)). Ebenso gibt es einige größere noch un abgeschlossene Projekte, z.B. unter der Leitung von Peters ([www.staatlichkeit.uni-bremen.de](http://www.staatlichkeit.uni-bremen.de)) und ein neues Projekt von Risse/Kantner (s.o.). Daneben gibt es ausserdem eine Reihe von abgeschlossenen Dissertationen und Magisterarbeiten (z.B. Van de Steeg 2005, Esser 2004) sowie einige noch unvollendete Projekte (vgl. hierzu z.B. die Themen, die auf der Konferenz „The European Public Sphere“ 2003 in Berlin vorgestellt wurden, [www.stoyke.com/eupub](http://www.stoyke.com/eupub)).

wenn man feststellt, dass die Bedeutungsstrukturen nicht nur in Europa, sondern auch darüber hinaus geteilt werden? Muss man spezifisch-europäische Bedeutungsstrukturen feststellen können, um von einer europäischen Öffentlichkeit sprechen zu können? Ich denke, dass die Beantwortung der Frage auch davon abhängt, welche Kriterien man an eine europäische Öffentlichkeit stellt. In einem Modell wie es Eder/Kantner vorschlagen, wo die Bedeutungsstrukturen im Zentrum der Forschungsfrage stehen, wird es wahrscheinlich heikel, wenn festgestellt werden würde, dass die Bedeutungsstrukturen auch ausserhalb Europas geteilt werden. Denn damit verfließen die Grenzen zwischen einer europäischen und internationalen Öffentlichkeit. Das Modell, das ich in dieser Arbeit vorschlage, entgeht diesem Problem, da es gemeinsame Bedeutungsstrukturen nur als notwendige, nicht jedoch als hinreichende Bedingung versteht. D.h. es gibt immer noch zwei weitere Kriterien, die sicherstellen, dass eine Abgrenzung zu einer internationalen Öffentlichkeit vollzogen wird. Doch auch bei diesen Kriterien muss m.E. ein methodischer Einwand erhoben werden: Wenn man den Austausch innerhalb der EU untersucht, wie kann man wissen, ob das, was wir feststellen viel oder wenig ist? D.h. hier stellt sich die Frage nach der Messlatte, die wir anlegen müssen, um qualifizierende Aussagen treffen zu können. Wenn europäische Akteure in den französischen Medien zehn Prozent aller zitierten Sprecher stellen, kann man daraus zunächst schlussfolgern, dass eine Vernetzung stattfindet, und dass somit das Kriterium einer europäischen Öffentlichkeit erfüllt sein müsste. Kann man daraus jedoch schließen, ob diese Vernetzung stark oder schwach ausgeprägt ist, wenn kein Vergleichsmaßstab herangezogen wurde? Anders ausgedrückt: Die bisherigen Messmethoden können nur sehr begrenzte Aussagen über die Intensität europäischer Öffentlichkeit treffen, weil die Vergleichsbasis fehlt. Eder/Kantner sprechen dieses Problem des In-Perspektive-Setzens selbst an, wenn sie sagen:

*„Es gibt jedoch bislang keine Langzeitstudien darüber, ob in den letzten Jahren mehr oder weniger Sprecher aus anderen europäischen Ländern in den deutschen Medien zu Wort kamen als früher. Vielleicht wurde aber auch mehr (oder weniger) amerikanischen, asiatischen, arabischen und afrikanischen Sprechern Aufmerksamkeit zuteil als vor fünfzehn oder fünfzig Jahren?“ (Eder/Kantner 2002: 83)*

Sie kommen darüber jedoch zu einer anderen Schlussfolgerung als ich, indem sie argumentieren, dass sich aus diesem Grund das Kriterium Austausch nicht zur Überprüfung europäischer Öffentlichkeit eignet bzw. nicht befriedigend ist. Ich argumentiere jedoch, dass dieses Kriterium notwendig ist (und bleibt), und sinnvoll angewendet werden kann, wenn es in Relation gesetzt wird.

Diese Überlegung gilt ebenso für die Untersuchung einer Identifikationsgemeinschaft Europas: Wenn man in den deutschen Zeitungsartikeln zwanzig Verweise auf eine europäische Identität findet – reicht dies alleine aus, um davon reden zu können, dass eine europäische Identifikationsgemeinschaft existiert, und somit auch eine europäische Öffentlichkeit?

Anliegen dieser Arbeit ist es nicht nur, neue Erkenntnisse zur bisher geführten Debatte einer europäischen Öffentlichkeit hinzuzufügen, sondern auch eine Messlatte an die gefundenen Ergebnisse anzulegen, um somit qualifizierende bzw. relativierende Aussagen treffen zu können. Was dies auf theoretischer Ebene bedeutet, soll im Folgenden ausgeführt werden, bevor ich dann im zweiten Teil der Arbeit auf die empirische Umsetzung zu sprechen komme.

Ich argumentiere, dass als Vergleichsmaßstab für die zu untersuchenden Elemente einer europäischen Öffentlichkeit andere Formen von Transnationalisierung nationaler Medien herangezogen werden sollten. Natürlich könnte man alternativ auch die nationale Öffentlichkeit als Vergleichsbasis heranziehen, was ja häufig genug direkt und indirekt auch geschieht. Ich habe jedoch bereits oben diskutiert, dass der Maßstab ‚nationale Öffentlichkeit‘ erstens meistens idealisiert wird und daher zu sehr negativen Einschätzungen von Transnationalisierung führt. Zweitens ist es natürlich unangezweifelt, dass eine Europäisierung oder Transnationalisierung noch lange nicht den Grad der nationalen Kommunikation erreichen wird – und das braucht sie ja auch nicht, um ihre normativen Funktionen zu erfüllen. Wenn man europäische Öffentlichkeit anhand einer Europäisierung nationaler Debatten messen möchte, ist die nationale Öffentlichkeit kein guter Vergleichsmaßstab. Ich schlage daher vor, eine von ihrem Wesen her ‚ebenbürtigere‘ Kommunikationsform auszuwählen und als Vergleichseinheit vielmehr eine andere Form von Transnationalisierung heranzuziehen.

In der Kommunikationswissenschaft findet sich vor allem Literatur, die auf die Transnationalisierung von Medienkonzernen und Nachrichtenagenturen hinweist (vgl. z.B. Meckel 2001, Meckel/Kriener 1996, Kleinsteuber/Thomaß 1996, Donges et al 1999), wobei jedoch häufig der Ausdruck der ‚Globalisierung‘ oder ‚Internationalisierung‘ verwendet wird. Internationale komparative Studien zu den Medieninhalten finden sich jedoch nur sehr wenige. Dies ist umso erstaunlicher, da die theoretische Literatur sich durchaus mit diesem Phänomen beschäftigt (Meckel 2001, Meckel/Kriener 1996, Hallin 2003). Das empirische Desinteresse eines solchen Vergleiches geht wahrscheinlich einher mit der Idee, dass bislang aus demokratietheoretischer Perspektive keine Notwendigkeit besteht, sich mit anderen Formen transnationaler Öffentlichkeiten zu beschäftigen. Schließlich wurde das Konzept der Öffentlichkeit nicht etwa entwickelt, um lediglich empirische Kommunikationsflüsse zu

verstehen, sondern um zu einer normativen, politischen Demokratietheorie beizutragen. Aus der Perspektive der Demokratietheorie zumindest klingt der Begriff ‚transnationale Öffentlichkeit‘ daher strikt ausgedrückt wie ein Oxymoron (Fraser 2005: 1). Denn wie eingangs festgestellt wurde, begann sich die Wissenschaft speziell mit einer europäischen Öffentlichkeit zu beschäftigen, als deren demokratische Legitimation hinterfragt wurde. Da andere internationale Ebenen (noch) nicht diesen Legitimitätsbedarf haben, ist es verständlich, dass andere Formen von Transnationalisierung weitaus weniger untersucht werden. Eine solche Untersuchung wird hier daher nicht aus demokratietheoretischen Gründen vorgeschlagen, sondern aus dem pragmatischen Grund heraus, somit einen Maßstab für eine Europäisierung (als Teil einer Transnationalisierung) herzustellen. Da die normativen Ansprüche nicht gegeben sind, verwende ich in dieser Arbeit nicht dem Terminus ‚transnationale Öffentlichkeit‘, sondern spreche von ‚transnationaler Kommunikation‘ – und um den Prozess des Vergleichens deutlich zu machen benutze ich in diesem Zusammenhang ebenfalls den Ausdruck ‚europäisch-transnationale Kommunikation‘ (aus der sich schließlich auf normativer Ebene eine europäische Öffentlichkeit zusammensetzt).

Die theoretische Literatur zur europäischen Öffentlichkeit beschäftigt sich zwar speziell mit dem Phänomen von Europäisierung (aus den oben gegebenen demokratietheoretischen Gründen), sie ist jedoch grundsätzlich nicht abgeschlossen gegenüber anderen Formen von Transnationalisierung. Peters/Siffert unterscheiden z.B. in ihrem Forschungsprojekt explizit zwischen Transnationalisierung und Europäisierung (Peters/Siffert 2003), und an anderer Stelle geht Peters speziell auf die Herausbildung einer „*transatlantic public sphere*“ ein (Peters, B. 2004). Auch Eder/Kantner sprechen in ihrem Modell von „*transnationaler Interdiskursivität*“ (Eder/Kantner 2002) und implizieren damit, dass sich die Grenzen ihres Modells nicht an Europa erschöpfen. In den Arbeiten Toblers zu „*transnationalen Kommunikationsverdichtungen*“ (Tobler 2002 und 2003) drückt sich ebenfalls aus, dass Europäisierung nicht die einzige Form von Transnationalisierung nationaler Medien darstellt. Insofern können m.E. die Kriterien, die für eine europäische Öffentlichkeit angewendet wurden, auch (in leichter Abwandlung) auf andere Ebenen transnationaler Kommunikation übertragen werden, um eine Vergleichsbasis zu schaffen.

Die vorliegende Arbeit hat sich zwecks einer Vergleichseinheit auf transatlantisch-transnationale Kommunikation fokussiert. Es kann erwartet werden, dass diese spezielle Form von Transnationalisierung aus den historischen Verwurzelungen heraus neben einer Europäisierung die besten Existenz-Chancen hat. Immerhin haben sich Europa und die USA seit Ende des zweiten Weltkrieges in der Definition des ‚Westens‘ zusammengefunden. Das lässt dichte Vernetzungen zwischen den Öffentlichkeiten diesseits und jenseits des Atlantiks

vermuten, innerhalb derer sich gemeinsame Bedeutungsstrukturen ausgebildet haben könnten. Auch die westliche Identifikation ist durch das Sicherheitsbündnis NATO institutionalisiert und in den öffentlichen Diskursen präsent. Die Untersuchung einer transatlantischen Kommunikationsgemeinschaft ist daher für den Vergleich mit europäischer Kommunikation gut geeignet und stellt zugleich sicherlich die größte ‚Konkurrenz‘ zur Europäisierung dar.<sup>16</sup> Peters vertritt sogar die These, dass eine transatlantische Kommunikationsgemeinschaft stärker ausgeprägt ist, als die europäische (Peters, B. 2004). Ob dies so ist, muss empirisch erst noch gezeigt werden und hängt wahrscheinlich auch von der Auswahl des Untersuchungsmaterials ab. Falls dies jedoch tatsächlich der Fall ist, müssen m.E. die Erkenntnisse zu einer europäischen Öffentlichkeit dies miteinbeziehen und damit relativieren. Dies ist Teil der hier vorliegenden Arbeit.

Dazu muss zunächst einmal jedoch das theoretische Modell auf den transatlantischen Fall übertragen werden. Nimmt man die oben angeführten Kriterien europäischer Öffentlichkeit, dann ergibt sich daraus folgendes:

<b>Europäisch-transnationale Kommunikation</b>	<b>Transatlantisch-transnationale Kommunikation</b>
Gleiche Themen zur gleichen Zeit unter den gleichen Relevanzgesichtspunkten	Gleiche Themen zur gleichen Zeit unter den gleichen Relevanzgesichtspunkten
Austausch und Beobachtung innerhalb der EU	Austausch und Beobachtung innerhalb des Westens
Identifikationsgemeinschaft Europa	Identifikationsgemeinschaft Westen

Als ‚erste Spalte‘ könnte man in dieses Modell noch das Konstrukt nationaler Öffentlichkeiten einfügen, wenn man einen Vergleich zwischen transnationalen und nationalen Öffentlichkeiten vornehmen wollte. Dazu müsste der Austausch innerhalb der nationalen Grenze und die Identifikationsgemeinschaft ‚Nation‘ eingefügt werden. Da ich, wie bereits ausgeführt, jedoch

<sup>16</sup> Mit dem Wort ‚Konkurrenz‘ will ich nicht ausdrücken, dass die beiden Formen von Transnationalisierung nicht gleichzeitig existieren könnten. Im Gegenteil bin ich eher der Meinung, dass beide Formen parallel existieren, es geht daher vielmehr um die Frage nach der ‚Vorherrschaft‘ oder dem ‚Vorreitertum‘.

davon ausgehe, dass transnationale Kommunikation der nationalen in ihrer Stärke untergeordnet ist, beziehe ich mich in der vorliegenden Arbeit nur auf einen Vergleich von europäischer und transatlantisch-transnationaler Kommunikation. Wo jedoch die nationale Ebene wieder ins Spiel kommt, ist bei der Annahme, was eine transnationale Öffentlichkeit *nicht* leisten muss: Denn sie muss nicht homogen in ihren politischen Ansichten sein (d.h. es könnte, ebenso wie auf nationaler Ebene auch, z.B. ein Rechts-Links-Spektrum geben).

Anhand dieses theoretischen Modells sollen im empirischen Teil verschiedene Untersuchungsebenen überprüft werden. Dabei geht es in einem ersten Schritt zunächst einmal um die ‚klassische‘ Untersuchungsfrage, ob sich Elemente einer europäischen Öffentlichkeit in dem hier ausgesuchten Politikfeld finden lassen. D.h. es soll überprüft werden, ob die Kriterien für europäisch-transnationale Kommunikation erfüllt sind; es wird daher zunächst im ‚luftleeren Raum‘ gemessen. Die erste Untersuchungsebene beschäftigt sich also lediglich mit der Existenz einer europäischen Kommunikationsgemeinschaft, nicht jedoch mit dem Grad ihrer Stärke. Für diesen Untersuchungsschritt kann formuliert werden:

**Man kann von einer europäischen Öffentlichkeit reden, wenn Elemente europäisch-transnationaler Kommunikation gefunden werden können.**

In einem zweiten Schritt sollen die gefundenen Ergebnisse in Relation gesetzt werden zur transatlantischen Kommunikationsgemeinschaft. Die zweite Untersuchungsebene beschäftigt sich daher mit dem Intensitätsgrad einer europäischen Öffentlichkeit. Dabei soll gelten:

**Man kann von einer engen europäischen Kommunikationsgemeinschaft reden, wenn die Elemente europäisch-transnationaler Kommunikation im Vergleich zur transatlantisch-transnationalen Kommunikation relativ stark ausgeprägt sind, d.h. sie müssen die Werte transatlantischer Kommunikation übertreffen. Ist dies nicht der Fall, kann nur von einer schwachen europäischen Öffentlichkeit ausgegangen werden.**

Da bisherige Analysen ergeben haben, dass die britischen Medien weniger Anteile von Europäisierung aufweisen als andere europäische Medien (vgl. Koopmans/Pfetsch 2003), soll eine dritte Untersuchungsebene eine weitere Einschränkung vornehmen, indem speziell auf eine kontinental-europäische Kommunikationsgemeinschaft eingegangen wird.

**Man kann von einer kontinental-europäischen Kommunikationsgemeinschaft reden, wenn sich die gefundenen europäischen Kommunikationselemente nur auf Kontinental-Europa beziehen, d.h. wenn nur Großbritannien schwächere oder gar keine Elemente europäisch-transnationaler Kommunikation aufweist.**

Diese drei Untersuchungsebenen sollen mittels einer empirische Analyse erarbeitet und untersucht werden. Im nächsten Abschnitt sollen zunächst einmal die Indikatoren und die methodische Umsetzung diskutiert werden, bevor dann in den Kapiteln 4 - 6 die gefundenen Ergebnisse präsentiert werden.